

**Zeitschrift:** Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

**Band:** 108 (1982)

**Heft:** 51-52

**Illustration:** [s.n.]

**Autor:** Stauber, Jules

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# O Tannenbaum, o Tannenbaum!

Als man mit dem Versuch begann, den Christbäumen demokratisch-politisch ins Mark zu sägen – das liegt nun 10 Jahre zurück, und insofern wäre – in der Ausdrucksweise unserer elektronischen Medien gesprochen – von einem «10jährigen Jubiläum» zu reden.

Der erste Ölschock und der deswegen entdeckte Zwang zum Energiesparen hatte im Gemeindepalament zur Diskussion geführt, ob es nicht angebracht wäre, darauf zu verzichten, im Dezember im Weichbild der Stadt die traditionellen öffentlichen Christbäume zu errichten. Ihrer acht waren es seit langem gewesen, vier in der Haupt-Längsgasse und vier in der Haupt-Quergasse der Altstadt, alle um die 10 m hoch, bestückt mit hunderten von Kerzenlampen: elektrisch betriebenen.

Die Diskussion entbrannte zuerst nicht so sehr zwischen den ökologisch gestimmten Sparwilligen und den mehr emotionell gesteuerten Traditionalisten als zwischen den Formalisten im Parlament und den Mitgliedern der Exekutive: Ob das Geschäft zu kleiden, einzureichen und zu behandeln sei als Kleine Anfrage, als Postulat oder als Motion – das war hier die Frage! Kaum aber war der Sitzungsbericht veröffentlicht, da reagierte auch schon die Öffentlichkeit, schnell und in der Meinung ebenso geteilt, wenn auch die empörten Leserbriefe in der Mehrzahl waren: Sie forderten Beibehaltung der öffentlichen Christbäume, diese entsprächen einem Bedürfnis; und ein Briefschreiber versteigerte sich deswegen sogar zur Behauptung, es handle sich hier nicht nur um Christbäume, sondern um ein Prinzip an und für sich und recht eigentlich um öffentliche Bedürfnisbäume. Lasst die Christbäume, sparen hin oder her! ... Das war noch im Advent gewesen.

Im Sommer darauf trat die Regierung mit einer ausführlichen Erklärung vors Parlament. Die Ausführungen priesen beredt den an sich schönen und erhaltenen Brauch, der den Menschen in den sattsam bekannten Mittelpunkt stelle, und gipfelte dann in einer sauberer Rechnung, die bewies, dass der Strom-

verbrauch für besagte Christbäume während der «Betriebszeit» im Dezember (mengenmäßig) lediglich 0,0325 % des gesamten jährlichen städtischen Stromverbrauchs ausmache.

Das beruhigte die parlamentarischen Gemüter nicht. Da derjenige, der die Frage aufgeworfen hatte, aus der Fraktion der Freisinnigdemokraten stammte, nahmen die Sozialdemokraten so gleich Stellung für die Christbäume und schlugen sich damit für einmal auf die Seite der mehrheitlich bürgerlichen Regierung und sogar auf die Seite des zuständigen Ressorts (Bauamt), dem ein CVP-Mann vorstand. Ihrer Aufgabe, in jedem Fall der Regierung Opposition zu machen, blieben nur die Linksextremen treu, die gegen den Christbaumbetrieb waren, wenn auch, wie sie deutlich hervorhoben, natürlich aus ganz anderen Gründen als die Freisinnigen.

Diese konfuse und scheinbar ausweglose parteipolitische Konstellation führte schliesslich dazu, dass sich Parlament und Regierung darauf einigten, eine Christbaum-Prüfungs-Kommission einzusetzen (CPK). Da allein schon ihre Zusammensetzung (proportional zu den Parteistärken) einiges zu verhandeln gab, wurde es wieder Herbst, bis sie erstmals zusammengetreten konnte, so dass die Christbäume auch in jenem Jahr ungehindert in Betrieb gesetzt werden konnten.

Doch auch in der Öffentlichkeit tat sich einiges: Es bildete sich ein Aktionskomitee «Christbaum in der Altstadt» (CIA), das anfänglich etwas Schwierigkeiten hatte, weil seine Gegner unschöne Gerüchte über seinen Zusammenhang mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA ausstreuten, was denn auch dazu führte, dass im dritten Jahr seit Ausbruch der Feindseligkeiten die Christbäume von nächtlich wirkenden Vandalen mit Plakaten verunstaltet wurden, auf denen stand «Ami go home!» Gegnerische Kräfte indessen sammelten sich in der «Vereinigung zur Versachlichung von Weihnachten» (VVW), die sich zwar von den Ami-go-home-Plakaten dezidiert distanzierte, aber zu einem Boykott des Christbaumbetriebes aufrief, was im folgenden Advent geschah, wenn auch ohne Folgen.

Im darauffolgenden Frühjahr lieferte die CPK ihren Bericht ab, der durch seine staatspolitische Vernunft und Ausgewogenheit bestach. Im Prinzip sei, so hieß es, die Möglichkeit des Stromsparens zwar zu nützen, denn im Hause müsse beginnen, was leuchten soll im Vaterland, ganz abgesehen davon sei keiner zu klein, Sparer zu sein. Anderseits jedoch sei es ein ebenso wichtiges Postulat, die Wohnlichkeit der Stadt und die Lebensqualität zu erhöhen, und dazu könne ein Christbaumbetrieb zweifelsohne

beitragen. Der diesen ausgewogenen Präliminarien (das Wahljahr stand bevor) anschliessende konkrete Vorschlag war, sowohl in der Quer- wie in der Längsachsengasse sei die Zahl der Christbäume um 50% zu reduzieren. Und es wurde genau angegeben, welche Stellen als Standorte für Christbäume fortan ohne Schaden für das adventliche Gesamtbild entfallen könnten.

Die Debatte im Plenum über diesen Bericht verlief stürmisch. Von rechts wurde schliesslich als letzte Konzession eine Streichung von sechs der acht Christbäume gefordert, während die Linke äusserstens bereit war, einer Lösung zuzustimmen, wenn in jeder Gasse mindestens drei Christbäume erhalten bleiben würden. Im sechsten Jahr nach Ausbruch des Konflikts, als vor Weihnachten noch immer alle acht Bäume im Lichterglanz erstrahlten, wurde entschieden, es sei eine neue Kommission, diesmal zur «Überprüfung der Christbaumstandorte» (KUC) zu bilden, jener Standorte nämlich, welche die CPK hatte belassen wollen. Ihr Präsident heisst sinnigerweise Bäumler, und die Kommission Bäumler ist z. Zt. noch an der Arbeit, die dadurch erschwert wird, dass nicht nur VVW und CIA ihren Kampf unentwegt weiterführen, sondern weil sich vor einem Jahr auch die Gewerkschaften eingeschaltet haben mit dem Slogan «Christbäume erhalten heißt Arbeitsplätze erhalten!» Das Schlagen, Transportieren, Aufstellen, Rüsten, Betriebsbereitmachen und Wiederabbauen von acht Christbäumen beschäftigte von Oktober bis Januar insgesamt vier Arbeitskräfte voll. Das ergebe eine mathematische Jahresvollbeschäftigung von 1,333 Arbeitskräften ...

Kurz: Auch heuer erstrahlen acht Gross-Christbäume unverdrossen im Lichterglanz, je vier auf einer Gassen-Achse. Der Kampf geht also weiter, o Tannenbaum, o Tannenbaum!

